

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

180 (19.8.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.20. Im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landemann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 19. August 1950

Nr. 180

Amerikaner drücken Naktong-Brückenkopf ein

Schwere Kämpfe an verschiedenen Frontabschnitten — Blümlung Taegu begann

Tokio (UP). Die amerikanischen Truppen errangen am Freitag einen großen Erfolg im koreanischen Konflikt: In einem Zangenangriff aus Norden und Süden drückten sie den großen Brückenkopf im Naktong-Bogen ein und trieben den Gegner in überstürzter Flucht über den Fluß zurück.

Einige Widerstandsoester der Kommunisten hielten sich zwar noch auf dem Ostufer des Flusses, als Bedrohung für die verbündeten Truppen hat der Brückenkopf aber zu existieren aufgehört. In diesem vernichteten Brückenkopf, der elf Kilometer tief und dreizehn Kilometer breit war, befanden sich schätzungsweise 12 000 Mann nordkoreanische Truppen.

Robert Miller von United Press berichtet darüber u. a.: „Nachdem sie sich tapfer verteidigt hatten, brachen die Nordkoreaner am Freitag zusammen, als der amerikanische Sturm wieder mit aller Macht losbrach. Aus der Luft wurden sie bombardiert, von der Artillerie eingedeckt, vom Feuer der automatischen Waffen zermürbt — und weiter und weiter drangen die Amerikaner vor und ließen ihnen keine Minute Ruhe. Es war mehr, als der Mensch bei aller Ausdauer ertragen kann. Am Freitag schmeckten die Nordkoreaner ihre eigene bittere Medaille. Am Freitag waren sie es, die in Panik und Auflösung flohen. Hunderte von ihnen blieben auf der Strecke, und ihre Leichen lagen wie verloren auf den Hügeln.“

Auch an der Ostflanke ihrer Front waren die Truppen der Vereinten Nationen erfolgreich. Südkoreanische Einheiten eroberten die Städte Pohang und Kigye zurück und bildeten eine geschlossene Front, von der aus sie den zurückweichenden Gegner weiter angreifen.

Die größte Bedrohung der Verbündeten besteht gegenwärtig nördlich Taegu, wo eine starke Streitmacht der Nordkoreaner, die auf 30 000 Mann geschätzt wird, in Richtung auf die provisorische Hauptstadt Taegu vorstößt. Südkoreanische Einheiten trafen hier am Freitag morgen zum Gegenangriff an und wurden am Nachmittag von Truppen der amerikanischen 23. Division unterstützt. Mit Panzern, Fliegern und Artillerie versuchten die Verbündeten, dem Vormarsch des Gegners hier einen Riegel vorzulegen. Er hat aber den Anschein, als sei der eigentliche Kontakt mit der Hauptmacht des Gegners noch nicht zustande gekommen.

Nach den letzten Meldungen wurden die Kommunisten etwa 20 km nördlich von Taegu aufgehalten. Im Gegenangriff wurden von den Verteidigern einige Kilometer Boden zurückgewonnen.

Inzwischen ist mit der Räumung Taegus begonnen worden. Ströme von Flüchtlingen wälzten sich auf den Straßen vorwärts, die von Taegu aus nach Süden und Südosten führen. Über 40 000 Personen haben die Stadt bereits verlassen.

Frankreich mahnt zur Beschleunigung

Ein zweites Verteidigungs-Memorandum

Paris (UP). Frankreich wiederholte in einem zweiten Memorandum seinen Appell an die Staaten des Nordatlantikkongresses, ihre Verteidigungsprogramme zusammenzulegen. Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise berichten, daß dieses neue Memorandum ins einzelne gehende Vorschläge für die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Organisation der Atlantikpaktverteidigung auf der Basis einer vollkommenen Zusammenlegung aller Verteidigungsmittel enthält. Wie diese Stellen sagten, schlägt das Memorandum die beschleunigte Errichtung von Exekutivkörpern vor, deren Aufgabe es sein soll, alle militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Fragen in Zusammenhang mit der Verteidigungsaufstellung der Atlantikpaktmächte zu behandeln.

In dem Memorandum sollen auch ins einzelne gehende Vorschläge für die Errichtung eines Finanzpools der Paktmitgliedstaaten enthalten sein.

VOM TAGE

Brentano soll Vizepräsident in Straßburg werden. Das Präsidium der Straßburger Versammlung soll um zwei Vizepräsidenten bereichert und einem deutschen Vertreter eine Vize-Präsidenschaft angetragen werden. Für diesen Posten soll von Brentano vorgeschlagen werden.

Kommunistisches Parteibüro verlegt. Das Parteibüro der Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik wurde von Frankfurt nach Düsseldorf in die britische Zone verlegt.

„Roter Stern“ gegen Norwegen. Das Organ der sowjetischen Armee „Der Rote Stern“ beschuldigt Norwegen, daß es unter dem Druck der USA Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion treibe.

Für Wiederaufrüstung Japans. General Douglas MacArthur hat die Wiederaufrüstung Japans bis an die Zähne befürwortet, falls sich der gegenwärtige koreanische Krieg zu einem dritten Weltkrieg ausbreiten sollte, wurde in Washington bekannt.

Churchillplan-Konferenz bei Adenauer

Straßburg-Delegierte unterrichten den Kanzler — Neue Polizei-Besprechungen

Straßburg (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat drei führende Mitglieder der deutschen Straßburg-Delegation für kommenden Dienstag zur Berichterstattung über wichtige Einzelfragen nach Bonn gerufen, verläßt aus der deutschen Delegation.

Die drei Delegierten — Dr. von Brentano (CDU/CSU), Dr. Schäfer (FDP) und Dr. Mühlentfeld (DP) — gehören alle der Regierungskoalition an. Dr. von Brentano ist bereits nach Deutschland abgereist.

Dr. Adenauer will sich über den Stand der Verhandlungen berichten lassen, vor allem aber über den Churchill-Vorschlag zur Schaffung einer Europa-Armee nähere Einzelheiten erfahren, heißt es in Straßburg.

Die Polizei-Verstärkung. Beamte des Bundesinnenministeriums erörterten mit Vertretern einiger Länderinnenministerien erneut die Organisation der von den Alliierten genehmigten Verstärkung der Länderpolizeien um 10 000 Mann. Es verläutet, daß jede der drei Besatzungszonen durch einen Beamten der Länderinnenministerien vertreten war. Aus dem Bundesrat wird bekannt, daß in dieser Vorbesprechung der Vertreter der Bundes- und Länderministerien eine gemeinsame Auffassung über die einheitliche Organisation und Uniformierung sowie die einheitliche Bewaffnung der neuen 10 000 Polizisten erzielt wurde. Von bayerischer Seite seien aber inzwischen gewisse Bedenken gegen diese zentrale Regelung geäußert worden. Nun wird sich wahrscheinlich erst der Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates mit dieser Angelegenheit befassen müssen.

Für die europäische Föderation

Empfehlungen an die Außenminister gebildet — Baldige Verabredung in Straßburg

Straßburg (UP). Der Vizepräsident der Beratenden Versammlung, Jacini (Mittelschlag), hat die parlamentarische Arbeit in Straßburg auf einige Empfehlungen zu konzentrieren, die man mit voller Unterstützung der öffentlichen Meinung Europas den Außenministern und den Parlamenten der Mitgliedernationen unterbreiten könne.

Die Beratende Versammlung machte sich diesen Standpunkt zu eigen und billigte mit 94 Stimmen bei zwölf Enthaltungen (darunter die Stimmen der britischen Labourfraktion) den Bericht ihres Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten (politischer Ausschuss). Die Versammlung wird darin aufgefordert, an der Forderung festzuhalten, daß das Ministerkomitee als obere Körperschaft des Europarates folgende — vor drei Wochen von den Ministern zurückgewiesene — Empfehlungen annehme:

1. Jede Mitgliedernation ernannt einen Mi-

nister für europäische Angelegenheiten, der als Mitarbeiter des Außenministers seine gesamte Zeit und Energie solchen rein europäischen Organisationen wie dem Europarat widmen kann.

2. Empfehlungen der Beratenden Versammlung an die Parlamente der Mitgliedernationen sollen weitergeleitet werden, wenn dies das Ministerkomitee mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt. (Bisher war dazu ein einstimmiger Beschluß nötig).

3. Das Ministerkomitee soll sein Vetorecht auch in der Weise modifizieren, daß es jedem Minister gestattet ist, für eine Empfehlung der Versammlung zu stimmen, während er sich das Recht vorbehält, sie nicht sofort oder ganz in seinem eigenen Land anzuwenden.

Französische und italienische Sprecher in der Beratenden Versammlung betonten, daß ihnen an einer britischen Mitwirkung in der zukünftigen europäischen Union genau so gelegen sei wie an der Union selbst. Die Vertreter der Kontinentalländer lehnten den britischen Vorschlag ab, ihre Pläne zum Zusammenschluß zunächst ohne Großbritannien voranzutreiben. Diese bereits vor einigen Tagen von dem Laboursprecher geäußerte britische Anregung war von Duncan Sandys, dem Schwiegersohn des konservativen Parteiführers Churchill, wiederholt worden. „Es besteht keine Notwendigkeit, daß wir alle den gleichen Weg gehen“, meinte Sandys. Er wiederholte, daß irgendwelche kontinentalen Nationen, die das Wagnis des Zusammenschlusses auf sich nehmen wollten, bei der Sympathie, dem Verständnis und der Unterstützung Englands rechnen könnten. Der frühere französische Ministerpräsident Reynaud, bekannt als Vorkämpfer der Europa-Idee, wies den britischen Vorschlag mit folgenden Worten zurück: „Sie meinen, wir sollten das Haus Europas bauen. Und dann, wenn es komfortabel eingerichtet ist, werden sie die Wohnung übernehmen, die wir zu ihrer Verfügung halten. Wenn es aber über unseren Köpfen zusammenstürzt, werden sie zu unserer Beerdigung kommen.“

Nunmehr wird die Versammlung über die Möglichkeit einer baldigen Verabredung — etwa am Monatsende — entscheiden, um Zeit für eine zweite Sitzungsperiode in diesem Jahr zu gewinnen. Die Charta gestattet der Beratenden Versammlung nur eine Sitzungsdauer von insgesamt vier Wochen im Jahr. Wenn sich das europäische Parlament in der kommenden Woche nach einer Sitzungsdauer von drei Wochen verlegt, würde es wahrscheinlich im Dezember noch einmal zusammentreten. Die Befürworter einer baldigen Verabredung argumentieren auch damit, daß die Abklärung der gegenwärtigen Sitzungsperiode den Delegierten die Möglichkeit geben würde, nach Hause zurückzukehren und dort wichtige politische Fragen zu erledigen.

Schluß mit dem Geist der Rache

Landesbischof Wurm über die „Kriegsverbrecher“-Frage — Ein eindringlicher Appell

Stuttgart (epd). „Wir haben nie die Verpflichtung des deutschen Volkes zur Sühne und Umkehr geleugnet. Wir müssen aber an die Westalliierten, besonders an die führende Macht, die Forderung stellen, nun endgültig dem Geist der Überhebung und Rache den Abschied zu geben“, erklärte Landesbischof D. Wurm nach einem neuen Besuch im Gefängnis in Landsberg zur Frage des „Kriegsverbrechertums“. Amerika habe jetzt gesehen, daß auch seine Staatsmänner einer Verbindung anheimfallen können, die furchtbare Folgen habe.

Wolle Amerika fortfahren, bei den Deutschen politische Fehlentscheidungen als kriminelle Verbrechen zu ahnden und einen Mann wie Weizsäcker in entehrender Haft zu halten?

Zu den Lehren aus der Kriegführung in Korea erklärte D. Wurm wörtlich: „Die Alliierten haben es bei den Kriegsverbrecherprozessen nie gelassen, wenn der Angeklagte sich auf einen Befehl berief. Sie werden heute über die Bedeutung der militärischen Befehlsgewalt bei ihren Truppen anders denken. Sie sehen jetzt in Korea, was ein Partisanenkrieg ist, und haben allen Grund, darüber nachzudenken, wie ihre Offiziere mit diesem Krieg fertig werden, ohne „Kriegsverbrecher“ zu werden. Wie würden diese bestehen, wenn gegen sie ein Prozeß geführt würde wie gegen die Südostgeneräle, wie gegen Manstein und andere? Die Vereinigten Staaten sollten sich auch nicht damit begnügen, die Oberflächlichkeit und Fahrlässigkeit der Dachauer und Nürnberger Verfahren halb zuzugeben und halb zu vertuschen. Wenn das Tempo, in dem die Gnadenausschüsse arbeiten, so bleibt wie bisher, werden noch Jahre dahinfließen, in denen die Gefangenen und ihre Angehörigen in Gram vergehen. Es sind gewiß nicht alle bisherigen Urteile fehlerhaft, aber es sind doch einige richtige Justizmorde darunter, besonders bei solchen, die ohne ihr Zutun, rein durch militärische Anordnungen

in die Konzentrationslager zur Bewachung oder irgend welchen anderen Arbeiten abkommandiert wurden. Man kann verstehen, daß die berechnete Entrüstung über die Vorkommnisse in diesen Lagern die Rechtsprechung beeinflussen; aber Justizmorde müssen gesühnt werden so gut wie die Unmenschlichkeiten der Nazis.“

„Auch Frankreich“, so fuhr Landesbischof D. Wurm fort, „hat allen Grund, seine Konzeption an Elemente, wie sie neuerdings selbst auf dem Sportgebiet in einem unerhörten Fanatismus und Chauvinismus hervorgetreten sind, zurückzunehmen und den von ihm festgehaltenen Deutschen endlich die Möglichkeit einer sittlich und juristisch einwandfreien Erledigung ihrer Fälle zu geben. Erst wenn die Verlogenheit und Zweideutigkeit aus der heutigen Politik verschwindet, erst wenn die ständige Überlegenheit über den Feind im Osten gewonnen ist, wird die kommunistische Gefahr abgewendet werden können.“

Endlich ein Hoffnungsschimmer

Aktion für Oradour- und andere Gefangene

Straßburg (UP). Der ehemalige französische Ministerpräsident Bidault hat den Sprecher der deutschen Delegation beim Europarat, Dr. Pünder, aufgefordert, ihm alle Unterlagen über den Fall Oradour vorzulegen, damit er sich bei den zuständigen Pariser Stellen für die Häftlinge verwenden kann. Es handelt sich bei diesen Häftlingen um frühere deutsche Soldaten und Kriegsgefangene, die beschuldigt wurden, an der Erschießung von Geiseln in dem französischen Ort Oradour beteiligt gewesen zu sein.

Bidault machte dieses Angebot anlässlich eines Treffens aller Delegierten christlicher Parteien der Europarat-Nationen, Dr. Pünder schloß bei dieser Gelegenheit auch die Frage des Schicksals der in Frankreich verurteilten deutschen Kriegsgefangenen an und wies in einer Unterredung mit Bidault vor allem auf die Oradour-Häftlinge hin.

Deutschlands Gleichberechtigung

Von WILH. SCHICKLING

In dem jetzt ablaufenden ersten Jahr seiner „amtlichen Existenz“ spielte Westdeutschland in der westlichen Gemeinschaft die Rolle eines heranwachsenden Sohnes, der das Stadium der Volljährigkeit noch nicht ganz erreicht hat. Die Familie hört sich zwar zuweilen seinen Rat und seine Wünsche an, aber mitentscheiden läßt sie ihn noch nicht.

Am Vorabend des zweiten Jahres der Bonner Staatschöpfung scheint Westdeutschland gute Aussichten zu haben, bald als „volljährig“ anerkannt zu werden und gleichberechtigt im Rate der westlichen Völker mitreden zu können. Denn man scheint auf der Gegenseite einiges aus der Entwicklung gelernt zu haben, zwar sehr spät, aber vielleicht doch noch rechtzeitig genug. Drei entscheidende Ereignisse des Sommers 1950 dürften diese Entwicklung beschleunigen: die Verhandlungen der westeuropäischen Kontinentalländer über den Schumanplan, die Aufnahme der Bundesrepublik in die europäische Beratende Versammlung und vor allem die neuen Impulse für die Verteidigung des Westens, die von dem koreanischen Alarmsignal ausgehen. Die wachsende Neigung, die Bundesrepublik in irgendeiner Form an der Verteidigung Westeuropas zu beteiligen, muß zwangsläufig zur Vergrößerung ihrer Rechte führen. Denn eine deutsche Mitarbeit an der großen politisch-strategischen Gesamtkonzeption des Westens läßt sich naturgemäß nur dann erreichen, wenn man die Bundesrepublik als gleichberechtigten Partner ansieht, der für sich selbst verantwortlich ist und für den nicht andere die volle Verantwortung übernommen haben.

Aber auch die Beteiligung Deutschlands an dem Plan des französischen Außenministers zur Zusammenlegung der westeuropäischen Schwerindustrien setzt — nicht nur nach deutscher Ansicht — gleiche Rechte für den deutschen Partner voraus. In diesem Punkte begnügen sich zum Beispiel in den Wirtschaftsdebatten der europäischen Versammlung die Auffassungen des SPD-Sprechers Professor Nötting und des britischen konservativen Sprechers MacMillan; Nötting bezeichnet die Beseitigung der Deutschland auferlegten Produktionsbeschränkungen und die Auflösung der Ruhrbehörde als Vorbedingungen für die deutsche Mitarbeit am Schumanplan, und MacMillan meinte einen Tag später, die volle Gleichberechtigung für Deutschland gehöre zur inneren Natur sowohl des Schumanplanes als auch des Gegenvorschlages der britischen Konservativen zu diesem Projekt.

Die Annahme der Churchill-Resolution in der Straßburger Versammlung hat — unabhängig davon, zu welchem Ergebnis schließlich die Diskussionen um eine Europa-Armee führen werden — die Frage der deutschen Beteiligung am westlichen Verteidigungssystem so in den Vordergrund gerückt, daß der Westen einer Antwort nicht mehr allzu lange ausweichen kann. In Verbindung damit hat Churchill den deutschen Sprechern für ihre Gleichberechtigungsforderung gute Argumente geliefert: So forderte der CDU-Sprecher Dr. Pünder auf einer Pressekonferenz unter anderem die Änderung des Besatzungsstatuts als Vorbedingung für die etwaige Teilnahme Deutschlands an der Verteidigung des Westens, und die FDP verlangte neben der Revision des Besatzungsstatuts die Wiederherstellung der deutschen Souveränität, die Aufhebung des formellen Kriegszustandes und eine westliche Sicherheitsgarantie.

Einen guten Einblick in die Erwägungen, die man in den Vereinigten Staaten in Bezug auf die etwaige Einbeziehung Deutschlands in das westliche Verteidigungssystem anstellt, geben die letzten Leitartikel der „New York Times“. Das Problem einer deutschen Beteiligung kann nach Ansicht des Blattes gelöst werden, ohne „eine neue Gefahr zu schaffen“. Die Zeitung scheint zwar die Befürchtung deutscher SPD-Kreise zu teilen, daß eine deutsche Wiederaufrüstung möglicherweise eine sowjetische Aggression herausfordern würde, glaubt aber, daß diese Gefahr abgewandt werden könne, wenn der deutsche Schritt unter dem Schutz ausreichender alliierter Verteidigungskräfte erfolge. Die „New York Times“ sieht in der Schaffung einer europäischen Armee innerhalb eines vereinigten Europa, die von Deutschland unterstützt, gleichzeitig aber die Wiederkehr deutscher militärischer Ambitionen verhindern würde, eine diskutierbare Lösung des Problems der Wiederbewaffnung Deutschlands.

An anderer Stelle interpretierte die einflussreiche amerikanische Zeitung die gegenwärtig vorherrschende Auffassung dahingehend, „daß Deutschland mit Hilfe der Deutschen irgendwie gestärkt werden muß“. Die etwaige Wiederbewaffnung dürfe aber weder dem deut-

schen Nationalismus und Militarismus neuen Auftrieb geben, noch den Deutschen die Möglichkeit verschaffen, eines Tages ein Bündnis mit Rußland zu schließen. Die Zeitung ist andererseits über die Motive besorgt, die nach ihrer Ansicht hinter der abtönenden Haltung mancher deutscher Sprecher gegen die Aufrüstung stehen. Sie sieht darin einen Mangel an Begeisterung für die Sache des Westens sowie die Tendenz, die gegenwärtige Rivalität zwischen Ost und West zu einem möglichst vorteilhaften Geschäft auszunutzen. Die „New York Times“ kommt zu der Schlußfolgerung, daß die deutsche Mitarbeit für den Westen nur dann von Nutzen sei, wenn die Bundesrepublik ohne opportunistische Hintergedanken als „Freund und Verbündeter“ für die gleichen Ideale eintrete wie die Westmächte.

„Acheson Puschpolitik in Westeuropa“

Stimmen scharfer Kritik in Amerika
Washington (UP). Der demokratische Abgeordnete Sikes verlangte im Repräsentantenhaus die Abberufung der führenden amerikanischen Militärs in Korea und ihre Ersetzung durch neue Kräfte. Gleichzeitig beschuldigte der republikanische Senator Wherry Acheson, er habe durch seine „verpuschliche“ Politik, die eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands verhindere, den Sowjets „einen offenen Korridor nach dem englischen Kanal“ überlassen. Acheson habe mit seiner Puschpolitik in Westeuropa dem Frieden nicht gedient, als er jahrelang versuche, Westdeutschland den rachsüchtigen Morantzhauplan aufzuzwingen.

Malik beruft Geheimratung ein

Was plant der Delegierte des Krom?
Lake Success (UP). Der sowjetische Delegierte und gegenwärtige Vorsitzende des Weltfriedensrates, Malik, hat die anderen Mitglieder des Rates zu einer neuen internen Sitzung hinter verschlossenen Türen am kommenden Montag eingeladen. Die nächste offizielle Sitzung des Rates ist für den darauffolgenden Dienstag angesetzt, um den indischen Delegierten genügend Zeit zu geben, die Stellungnahme der Delegationen zum Entwurf einer Resolution zu ergründen, nach der die Ausarbeitung eines Friedensvorschlages für die kämpfenden Gruppen in Korea einem Ausschuß der sechs kleineren Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates übertragen werden soll.

Mord an Belgiens Kommunistenführer

Täter entkamen unerkannt
Seraing (Belgien) (UP). Julien Lahaut, der Präsident der kommunistischen Partei Belgiens, wurde hier am Freitagabend in seiner Wohnung ermordet.

Um 21.15 Uhr fuhr ein Wagen mit zwei Insassen vor dem Hause Lahauts vor. Während einer der Männer am Steuer saßen blieb und den Motor weiterlaufen ließ, läutete der andere an der Tür. Lahaut öffnete selbst. Der Besucher feuerte sofort vier Schüsse auf ihn ab, die alle trafen, einer den Kopf, die anderen drei den Rumpf. Lahaut stolperte etwa zehn Meter zurück und brach dann in der Vorhalle zusammen. Er war sofort tot. Der Mörder und sein Komplize entkamen unerkannt.

Griechische Regierung gefährdet

Zu laxer Kommunisten-Abwehr
Athen (UP). Die liberalen Mitglieder des griechischen Koalitionskabinetts gaben dem Ministerpräsidenten Plastiras ihren Rücktritt bekannt. Den Grund zu diesem Schritt bildet die Unzufriedenheit der Liberalen mit der den Kommunisten gegenüber verfolgten Politik. Man rechnet damit, daß auch die demokratischen Sozialisten, die zweite Säule der Drei-Parteien-Koalition, dem Beispiel der Liberalen folgen, und sich von Plastiras abwenden werde.

Weitere Entlassungen in Landsberg

Frühere Wachmannschaften werden begnadigt
London (ZSH). Die amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland haben bekannt, daß auf Grund der neuen Bestimmungen über gute Führung, am 25. August zwölf weitere Deutsche, die wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden, aus dem Landsberger Gefängnis entlassen werden. Die Gefangenen hatten Zuchthausstrafen bis zu acht Jahren abzuhängen. Es handelt sich in den meisten Fällen um frühere Wachmannschaften.

Wählmaterial in riesigen Mengen

Hunderttausend rote Bücher beschlagnahmt
Wuppertal (UP). Die Wuppertaler Polizei hat vor wenigen Tagen bei dem kommunistischen „Neuzeit-Verlag“ hunderttausend in der Sowjetzone gedruckte Bücher beschlagnahmt. Bei dieser Gelegenheit wurde aufgedeckt, daß der Verlag über drei verschiedene Lagerräume im Westen Wuppertals verfügt. Für den Abtransport des Propagandamaterials wurden zehn Lastkraftwagen benötigt. Der kommunistische Verlag steht in keinem Wuppertaler Telefonverzeichnis.

Fuldaer Bischofskonferenz beginnt

Auch ein Ostzonen Bischof nimmt teil
Fulda (UP). An der Bischofskonferenz der deutschen katholischen Kirche vom 22. bis zum 24. August in Fulda werden sämtliche Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe in Deutschland teilnehmen. Zum ersten Mal seit 1945 wird zu der diesjährigen Konferenz auch der einzige in der Sowjetzone residierende katholische Bischof Dr. Legge von Meiden, erbeinernen. Die Fuldaer Bischofskonferenz wird von Kardinal Frings, Erzbischof von Köln, geleitet. Neben die Tagesordnung wird — wie in alten Jahren seit 1867, als die erste Konferenz stattfand — nichts bekannt.

Besatzungsstatut soll geändert werden

Vorbereitungen in London - Bald wieder ein deutsches Außenministerium

London (UP). Die Ermächtigung der westdeutschen Bundesregierung, ein eigenes Außenministerium zu schaffen und diplomatische Vertretungen im Ausland zu unterhalten, wird — wie aus gut informierten Kreisen verlautet — auf der Konferenz der drei Außenminister der westlichen Großmächte vorgeschlagen werden, die im kommenden Monat in New York stattfindet.

Vertreter der drei Großmächte — der amerikanische Botschafter in London, Douglas, der Leiter der Deutschland-Abteilung im Foreign Office, Sir Donald Gainer und François Seydoux vom französischen Außenministerium, beraten zur Zeit in der britischen Hauptstadt über die Revision des westdeutschen Besatzungsstatuts. In hiesigen Kreisen rechnet man fest damit, daß sie außer einigen anderen Änderungen des Statuts den Außenministern empfehlen werden, der westdeutschen Bundesregierung eine weitgehende, wenn auch nicht vollständige Kontrolle über deren auswärtige Beziehungen zu überlassen.

Keine Zusicherungen

Sprecher der Bundesregierung dementierte Berichte, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer von den drei Hohen Kommissaren am Donnerstag bestimmte Zusicherungen für eine Erhöhung der deutschen Stahlquote erhalten habe. Gleichzeitig wurden Meldungen als unzutreffend dargestellt, nach denen die Alliierten einer Erweigerung der Folgebewalt des Bundes zugestimmt und größere Lebensmittelsubventionen gebilligt haben sollen. Informierte Kreise erklären, Dr. Adenauer habe in seiner dreitägigen Konferenz auf dem Petersberg zwar über diese Fragen gesprochen. Es sei aber weder eine Entscheidung gefällt noch eine Zusicherung der Alliierten gegeben worden.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang aber, daß der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums McDermott, sich am Freitag weigerte, zu der Forderung Bundeskanzler Dr. Adenauers nach einer deutschen Verteidigungsgruppe, die der Volkspolizei der Sowjetzone gleichwertig ist, Stellung zu nehmen. Die Forderung nach einer separaten Verteidigungsgruppe, die Dr. Adenauer in einem Interview mit der „New York Times“ ausgesprochen, erregte in der amerikanischen Presse große Aufmerksamkeit.

Neue Lastenausgleichs-Vorschläge

Beratungen demnächst im Kabinett
Bonn (ZSH). Die Bundesregierung wird sich in allerhöchster Zeit mit dem Gesetz über den endgültigen Lastenausgleich be-

schäftigen müssen, der seit Monaten im Mittelpunkt von Beratungen und Auseinandersetzungen stand. Wie verlautet, ist der ursprüngliche Entwurf des Bundesfinanzministeriums erheblich überarbeitet worden.

Der neue Entwurf des Bundesfinanzministeriums soll weitgehend den Wünschen der Bundestagsabgeordneten, Interessengruppen und der übrigen Bundesministerien Rechnung tragen.

Nach diesem neuen Entwurf soll die Dauer des Lastenausgleiches für die gewerbliche Wirtschaft auf 23 Jahre, für den Hausbesitz auf 31 Jahre und für die Landwirtschaft auf 38 Jahre verlängert werden. Die Belastung ist bei allen Vermögensarten mit 50 Prozent gleich groß. Auf diese 50 Prozent werden für die Dauer des Lastenausgleiches bei der gewerblichen Wirtschaft Abgaben in Höhe von 6 Prozent, beim Hausbesitz 5 Prozent und bei der Landwirtschaft vier Prozent erhoben. Die Vermögenssteuer fällt für das mit einer Lastenausgleichsabgabe belastete Vermögen fort. Für das unbelastete neu entstehende Vermögen wird ein Prozent Vermögenssteuer erhoben.

Bei den Freibeträgen ist im neuen Entwurf ein Freibetrag von je 2000 Mark für den Abgabepflichtigen und dessen Ehefrau vorgesehen. Für jedes Kind erhöht sich dieser grundsätzliche Freibetrag um 500 Mark. Überschreitet das abgabepflichtige Vermögen 20 000 Mark, so vermindert sich der Freibetrag für jede zusätzlichen 1000 Mark um 500 Mark. Durch diese neue Regelung wird das Kleinvermögen in der Landwirtschaft und im Handwerk geschützt. Die neuen Grundsätze sehen vor, daß Hausbesitzer auf jeden Fall durch eine angemessene Entschädigung abgegolten werden soll, die bis zu einer Höhe von 3000 Mark nach der Dringlichkeit gestaffelt ist.

Das Kabinett wird sich, wie unrichtige Kreise annehmen, zunächst über eine „Generallinie“ zu einigen haben. Im Anschluß daran soll dann der endgültige Regierungsentwurf ausgearbeitet werden. Ein Termin für die erste Kabinettsberatung über den Lastenausgleich ist noch nicht bekannt.

Der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses im Bundestag, Kunze (CDU), erklärte vor Pressevertretern, der endgültige Entwurf sei eine echte Vermögensverlagerung vor, ohne daß dadurch die Existenz der Wirtschaft gefährdet werde. Es sei nicht damit zu rechnen, daß diese Vorlage noch wesentliche Änderungen erfahre. Eine wesentliche Neuerung gegenüber dem früheren Entwurf sei die Einschaltung der sozialen Freigrenze.

Pensions- und Bundesversorgungsgesetz

Vorlagen durchliefen den Bundesrat - Verkehrsgesetze zum Teil abgelehnt

Bonn (UP). Der Bundesrat beschloß am Freitag einstimmig, den Entwurf des Gesetzes über die Regelung der Versorgungsansprüche ehemaliger Berufssoldaten und der Flüchtlingsbeamten ohne Stellungnahme unverzüglich an den Bundestag weiterzuleiten. Dadurch soll eine schnelle Behandlung dieses Gesetzes ermöglicht werden.

Dieses Verfahren wurde damit begründet, daß der Bundesrat nicht die Zeit gehabt habe, bei einer so weitreichenden Materie eine abschließende Stellungnahme fristgerecht vorzubereiten.

Das Pensionsgesetz regelt die Versorgung von ehemaligen Berufssoldaten, von vertieften und verdingten sowie von entnazifizierten Beamten, die ihre Stellungen verloren haben. Die Bundesregierung ist nach Artikel 131 des Grundgesetzes zur Vorlage eines solchen Versorgungsgesetzes verpflichtet.

Weiter billigte der Bundesrat den Entwurf eines Bundesversorgungsgesetzes (Kriegsopferversorgungsgesetz). Danach soll die Versorgung der Kriegsgeschädigten einheitlich geregelt werden. Nach dem Beschluß des Bundesrates erlischt der Anspruch auf Versorgung, wenn das Einkommen bei Ledigen 400 DM und bei Verheirateten 500 DM im Monat zuzüglich 25 DM für jedes Kind übersteigt. Leichtbeschädigte sollen künftig nur noch „Anerkennungsgrenzen“ erhalten. Die Grundrenten werden bei 30prozentiger Beschädigung auf 10 DM und bei 40prozentiger Beschädigung auf 15 DM herabgesetzt.

Ehemalige Wehrmachtangehörige ausländischer Nationalität sollen nach einem vom Bundesrat gebilligten Zusatzantrag nur innerhalb einer Kann-Vorschrift durch das Gesetz versorgt werden. Versorgungsberechtigte, die in Berlin wohnen, werden wie die Anspruchsberechtigten im Bundesgebiet versorgt.

Der Regierungsentwurf für ein Güterfernverkehrsgesetz wurde gegen die Stimme Hamburgs ohne nähere Aussprache vom Bundestag abgelehnt. Der Bundesrat beschloß, bei seinem eigenen Initiativentwurf für ein solches Gesetz zu bleiben. Auch die Regierungsvorlage über ein Bundesbahngesetz verfiel vor dem Bundestag der Ablehnung. Die Ländervertreter hielten an dem vom Bundesrat vorgelegten Initiativentwurf eines Bundesbahngesetzes fest, der seinerseits wiederum von der Bundesregierung abgelehnt worden war. In der kurzen Aussprache wurde ein Antrag des Finanzausschusses gebilligt, die Bundesbahn nur zu einer Rücklage von 300 statt 800 Mill. DM zu verpflichten, um die wirtschaftliche Selbständigkeit dieses Unternehmens nicht zu gefährden.

Hingegen wurde der Entwurf eines allgemeinen Eisenbahngesetzes mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen. Das Gesetz sieht vor, das Eisenbahnnetz den Verkehrsbedürfnissen entsprechend zu bedenken und zu erweitern.

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung über die Rechtsstellung der rund 100 000 hel-

matlosen Ausländer, die am 1. Juli in deutsche Obhut übergegangen sind, wurde einstimmig vom Plenum angenommen.

Beratungen über Schumanplan

Geplanter Staatsvertrag im Vordergrund
Bonn (UP). Bundeskabinett und Sachverständigenausschuß wollen die ganze kommende Woche eingehenden Beratungen über den Schuman-Plan widmen. Im Mittelpunkt der Aussprachen steht der Entwurf des Staatsvertrages zwischen den sechs beteiligten Nationen über die Montan-Union. Zu Beginn der kommenden Woche finden sich die Vertreter Deutschlands bei den Pariser Verhandlungen über den Schuman-Plan mit einzelnen Mitgliedern der Bonner-Beratungsausschüsse zu den ersten Konferenzen zusammen. Dann wird sich die Bundesregierung mit dem bisherigen Ergebnis der Pariser Beratungen beschäftigen, um schließlich den Ministerausschuß unter Vorsitz des Bundeskanzlers in die Vollversammlung der Beratungsausschüsse zu entsenden.

In der Sitzung des Bundeskabinetts — der ersten in Anwesenheit des Bundeskanzlers seit seiner Rückkehr aus dem Urlaub — wird Dr. Adenauer zweifellos versuchen, die unterschiedlichen Auffassungen seiner Minister über den Plan zu koordinieren. Gleichzeitig dürfte er noch einmal seine Ansicht vortragen, daß der Schuman-Plan in erster Linie ein politisches Instrument zur Befriedung Europas sei.

Wirtschaftspolitik

soll sofort geändert werden

Scharfer Befehl der DGB an den Kanzler - Regierung weist Beschuldigungen zurück
Düsseldorf (UP). Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer die sofortige Änderung der bisherigen „konzeptionslosen Wirtschaftspolitik“ der Bundesregierung gefordert und die Schaffung eines Preisrates auf Bundes- und Länderebene vorgeschlagen.

Die „völlig unentschlossene“ Wirtschaftspolitik habe ernste Versorgungsgefahren für die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung heraufbeschworen, heißt es in dem Schreiben. Vom Bundeswirtschaftsministerium werde eine Politik der freien Tür, vom Landwirtschaftsministerium eine Politik der Isolierung, Marktverknappung und Preisstiltzung für die deutsche Agrarproduktion betrieben. Die Landwirtschaft habe durch ihren Druck auf die Außenhandelsverhandlungen erreicht, daß der notwendige und rechtzeitige Import wichtiger Nahrungsmittel verzögert worden sei.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verweist in diesem Zusammenhang auf die „voraussehende Politik der USA-Regierung“. Das geplante Preisgesetz sei nach Ansicht des DGB nicht ausreichend, da es keine generelle Vollmacht für die Regierung vorsehe, auch andere als die im Gesetz genannten Preise auf beson-

deren Engpaßgebieten zu binden. Der DGB fordert abschließend die vorzeitige Einberufung des Bundestages, damit die zu treffenden gesetzlichen Maßnahmen spätestens am 1. Oktober rechtswirksam werden könnten.

Diese Vorwürfe wurden von Regierungsseite sofort „als nicht der Wirklichkeit entsprechend“ zurückgewiesen.

Ende der Atomzeitalter-Illusion

Übertriebene Hoffnungen auf die Atomenergie - Uranvorkommen unzureichend - Atomauto eine Illusion

Zehn Jahre ist es her, daß Professor Hahn im Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin als erster die Spaltung eines Atoms zustande brachte und damit eine neue Ära der Wissenschaft und Technik einleitete. Nach der Erfindung der Atombombe glaubte man dann, auch zahlreiche Möglichkeiten für eine friedliche Nutzbarmachung der Atomenergie in Aussicht stellen zu können. So sprach man vor fünf Jahren schon vom Auto, dessen eingebauter Atomtreibstoff so lange reichen würde, daß er selbst bei den dauerhaftesten Modellen nicht erneuert werden müßte. Mit einem Uraniumstück von der Größe einer Erbse würde man jahrzehntlang seine Wohnung heizen können, lauseten andere Hoffnungsvolle Prophezeiung. Den Bau von atomkraftgetriebenen Schiffen und Flugzeugen hielt man für eine Sache, die sich in wenigen Jahren verwirklichen lassen würde. Als ganz großes Projekt wurde die Möglichkeit diskutiert, mit Hilfe der Atomenergie die Sahara zu bewässern und das Großlandeis zum Schmelzen zu bringen, um so neuen Lebensraum für Millionen von Menschen zu schaffen. An Bemühungen, um solche Pläne in die Tat umzusetzen, hat es nicht gefehlt. Tatsache ist jedoch, daß bei allem guten Willen und trotz der Milliarden von Dollar, die die Atomforschung verschlungen hat, es nicht gelungen ist, das nächste Ziel, nämlich die Erzeugung von elektrischem Strom durch Atomkraft zu erreichen.

Und die Wirklichkeit?

Man hat, wenn es auch nicht offiziell zugegeben wird, seine Hoffnungen auf die Atomenergie zu hoch geschraubt und glaubt nun nach den ersten Enttäuschungen, daß die praktische Anwendung der Atomenergie frühestens in zehn Jahren zu erwarten ist. Fachleute sprechen sogar von 25 bis 30 Jahren, wieder andere stellen die sensationelle Behauptung auf, Atomkraft sei eine Utopie und es seien nicht die geringsten Anzeichen vorhanden, daß sie überhaupt einmal in der Technik eine Bedeutung gewinnen könnte.

Die übertriebenen Erwartungen auf die Atomenergie sind auch auf den Synth-Report zurückzuführen, der sich inzwischen als falsch erwiesen hat. Darin heißt es nämlich, die Weltvorräte an hochwertigem Uranium würden ausreichen, um die USA 300 Jahre lang mit Energie zu versorgen, während sie in Wirklichkeit in etwa 50 Jahren erschöpft wären. Bedenkt man noch, daß man vorläufig nur Uranium 235 spalten kann, so könnten die USA bei der Ausbeutung aller Weltvorräte an Uranium höchstens ein Jahr lang mit Energie versorgt werden. Diese bedeutsame Feststellung machte der bekannte amerikanische Publizist J. D. Batchell, der damit alle legendären Vorstellungen von Atomzeitalter auslichte machte.

Da zur Zeit Uranium nur für die Herstellung von Atombomben gebraucht wird, wurden auch Berechnungen angestellt, wie lange der Weltvorrat an Uranium dafür reichen würde. Das Ergebnis lautet: Etwa 50 Jahre bei dem gegenwärtigen Produktions-tempo. Uranium ist also ein Element, das sehr selten vorkommt. Die Lager, die es sich wirklich abzubauen lohnt, sind am Großen Bärensee in Kanada, in Jachimsthal in der Tschechoslowakei und bei Shinkobevie in Belgisch Kongo. Trotz der vielen Suchaktionen, die auch nicht den entferntesten Winkel der Erde übersehen werden, sind die Ausichten auf neue Funde gering. Bisher hat man jedenfalls keinen Erfolg verzeichnen können.

Kohle und Öl reichen länger

Abgesehen davon, daß der Mangel an Uranium die Vorstellungen von Atomzeitalter zur Illusion werden läßt, stellt die Frage, ob Atomkraft rentabel sein würde, eine bedeutsame Rolle. Und diese Frage ist zu verneinen. So würde zum Beispiel allein die Erstellung eines Atomkraftwerkes mit einer Leistung von 75 000 Kilowatt nach Berechnungen der amerikanischen Zeitschrift „Science Digest“ 25 Millionen Dollar kosten, während ein Dampfkraftwerk von derselben Größe mit zehn Millionen Dollar gebaut werden könnte. Von den Betriebskosten eines Atomkraftwerkes ist ganz zu schweigen. Die Idee, ein mit Atomkraft getriebenes Auto zu konstruieren, ist aus technischen Gründen von der Hand zu weisen, denn ein Atommotor für einen Kleinwagen müßte, um den Fahrer vor tödlichen Strahlungen zu schützen, eine Verkleidung haben, die mindestens 50 Tonnen wiegt. Es wird wohl zweifellos möglich sein, im Laufe der Zeit Kraftwerke und vielleicht auch Schiffe mit Atomenergie zu betreiben, aber billiger werden sie nicht sein.

In amerikanischen Fachkreisen stützt man sich mit seinen Hoffnungen darauf, daß es bald gelingen würde, außer dem Uranium 235 auch anderes Uranium zu spalten. Dann wäre eine Nutzbarmachung der Atomenergie wohl auch in größerem Stil möglich und der Aufwand gerechtfertigt, mit dem die Atomforschung betrieben wird. Allerdings wäre das Atomzeitalter auch dann in weniger als einer Menschengeneration vorbei. Mit dieser Erkenntnis ist wohl das Schwebeln zu erklären, das um die Atomforschung herrscht. Zumindest ist es so zu deuten, daß man den geringen Wert des Uranium erkannt hat, da sein Vorrat zu unbedeutend ist, um die Energieversorgung zu revolutionieren. Dagegen dürften Kohle und Öl noch für 2000 Jahre vorhanden sein und der Menschheit wie bisher als Energiequelle genügen.

Aus der christlichen Welt

Kirchenfunk innerhalb der Gemeinde

Der norwegische Pfarrer Fjellvang in Akin hat für die Alten und Kranken seiner Gemeinde ein eigenes Netz für Drahtübertragungen von Gottesdiensten und Andachten aus seinem Pfarrhaus und aus dem Gemeindehaus eingerichtet. Täglich veranstaltet er Andachten über das eigene Mikrofon und hat bereits 20 feste Teilnehmer, darunter je eine Altersanlage im Krankenhaus und im Altersheim seiner Gemeinde. Er läßt verschiedene Geistliche sprechen, gibt Gemeindefeststellungen durch und überträgt sogar kleine Versammlungen. Die Alten und Kranken bekunden ihm immer wieder ihre Dankbarkeit.

Eigenes Heim der Evang. Akademie

Die Evang. Akademie war bisher nur mißlich im Kurhaus in Bad Boll untergebracht. Nun hat sie ein hinter dem Kurhaus in einem Park liegendes Haus erworben, das im Februar 1951 eingeweiht wird und ihr von da ab als Heim dienen soll. Der bisherige Geschäftsführer der Akademie, Dr. Schwarz, ist nach fünfjähriger Tätigkeit in seinen früheren Beruf als Regierungsrat bei der Arbeitsverwaltung zurückgekehrt. An seine Stelle ist der Bezirksleiter des Evang. Hilfswerks in Ravensburg, Heinrich Eberbach, getreten.

Nordische Kirchenfürsten nach Düsseldorf

Die Bischöfe von Schweden, Dänemark, Norwegen, Island, Finnland und die apostolischen Präfekten von Mittel- und Nordnorwegen werden am 9. und 10. September nach Düsseldorf kommen. Sie wollen an den Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum des St. Angustinus-Glaubenswerkes teilnehmen.

43 Kirchen im Lutherischen Weltbund

Der Exekutivsausschuß des Lutherischen Weltbundes beschloß auf seiner Tagung in Tutzing die Aufnahme von fünf neuen Kirchen in den Weltbund. Es handelt sich um zwei lutherische Kirchengruppen in Indien und zwei in Südamerika. Damit ist die Zahl der im Weltbund vereinigten Kirchen auf 42 gestiegen, die sich in 23 verschiedenen Ländern befinden. Die neu aufgenommenen Kirchen sind die Evangelisch-Lutherische Kirche von Andhra, die Evangelisch-Lutherische Kirche von Maghya Pradesh, die Evangelisch-Lutherische Kirche von Jeyapore, die „Federation Synodale do Brasil“ und die Evangelisch-Lutherische Kirche von Britisch Guiana.

Dogma von der Himmelfahrt Mariä

Der „Observatore Romano“ teilte am Vorabend des Festes Mariä Himmelfahrt mit, daß Papst Pius XII. am 1. November in der St. Peters-Basilika das Dogma der Himmelfahrt Mariä offiziell verkündet werde. In der Mitteilung heißt es, daß Papst Pius XII. am 30. Oktober ein geheimes Konsistorium abhalten wird. Die Lehre von der Himmelfahrt Mariä ist, wie in vatikanischen Kreisen hervorgehoben wird, altes Glaubensgut der Kirche. Die Lehre wurde bereits auf dem Konzil von Chalcedon im Jahre 451 formuliert, und das Fest Mariä Himmelfahrt bereits vor dieser Zeit im Osten gefeiert. Die offizielle Verkündung des Dogmas in der St. Peters-Basilika am 1. November 1950 bedeutet für die katholische Kirche und ihre 428 Millionen Gläubige in der Welt ein historisches Ereignis. Das letzte vom Papst verkündete Dogma war das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariä. Papst Pius XII. hatte am 1. Mai 1946 an alle katholischen Bischöfe der Welt ein Rundschreiben gesandt, in dem um Stellungnahme zur Frage der Verkündung des Dogmas der Himmelfahrt Mariä ersucht. Vorher hatten 113 Kardinäle, 2523 Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe sowie zahlreiche Priester und Mönche und Gläubige um die offizielle Verkündung des Dogmas gebeten. Die Antwort der betragten Bischöfe fiel 1946 zugunsten der Verkündung des Dogmas aus.

Ein neues Dogma wird verkündet

Anglikanische Erzbischöfe dagegen

Vatikanstadt (UP). Die Vorbereitungen für die Verkündung des Dogmas von der „Himmelfahrt Mariä“ sind in vollem Gange. Am Tage der Verkündung, dem 1. November, wird der Vatikan eine Bulle veröffentlichen, in der das Dogma mitgeteilt wird. In der Bulle werden die Gründe dargelegt, die zur Verkündung des Dogmas geführt haben und ebenso die Hoffnungen, die die Kirche daran knüpft.

Die anglikanischen Erzbischöfe von Canterbury und York, Dr. Fisher und Dr. Garbett, haben sich gegen die geplante Verkündung des Dogmas von der leiblichen Himmelfahrt Mariä gewandt. Sie erklärten, daß die Kirche von England diese Lehre nicht für einen notwendigen Bestandteil des katholischen Glaubens halte und auch nicht halten könne. In der Heiligen Schrift und in den Lehren der Urkirche finde sich nicht der geringste Beweis für den Glauben an die leibliche Himmelfahrt Mariä.

Nächste Seligsprechungen vorbereitet

Die Ritenkongregation bestätigte in Anwesenheit von Papst Pius XII. die heroischen Tugenden des Papstes Pius X. und beschäftigte sich mit der Vorbereitung von drei Seligsprechungen. Der im Jahre 1914 verstorbene Papst Pius X. wurde bald nach seinem Tode in Rom besonders verehrt. In vatikanischen Kreisen rechnet man damit, daß er am Osterfest des Jahres 1951 seligsprochen wird. Die anderen drei Seligsprechungen, die von der Ritenkongregation vorbereitet wurden, beziehen sich auf den italienischen Missionar Crescitielli, der während des Boxeraufstandes in China 1900 den Märtyrertod starb; Schwester Maria de Mattias, die Gründerin der Ordensgenossenschaft vom Heiligen Blut, die im Jahre 1866 gestorben ist, und die kanadische Nonne Bourgeois, Gründerin des Ordens der Schwestern Mariä, die 1900 gestorben ist. Die Seligsprechung der Marguerite Bourgeois wird am 19. November 1950 in der St. Petersbasilika stattfinden.

Priesterjubiläum des Kölner Erzbischofs

Kardinal Dr. Frings, der Erzbischof von Köln, feierte kürzlich sein vierzigjähriges Priesterjubiläum. Er wurde im Jahre 1887 in Neuß geboren, 1942 zum Erzbischof von Köln und 1946 zum Kardinal erhoben.

300 christliche Pfadfinder versammelt

Aus Anlaß des 40-jährigen Bestehens der Evang. Pfadfinderschaft in Deutschland trafen sich 1800 christliche Pfadfinder aus allen Teilen Westdeutschlands mit einer Anzahl in- und ausländischer Gäste auf dem Knüll zu einem dreiwöchigen Bundeslager, das nunmehr seinen Abschluß gefunden hat. Die Lagergemeinschaft gab Gelegenheit zu Feiern und ergriffen Anknüpfungen über die Fragen der Zeit, die von führenden Vertretern der evangelischen Jugendarbeit behandelt wurden. Am 1. Oktober soll die Zeitschrift „Auf neuem Pfad“, die bis 1937 im evangelischen Schrifttum eine wesentliche Stellung einnahm, wieder erscheinen.

Beuroner Hochschulwoche

Die diesjährige Beuroner Hochschulwoche findet vom 17. bis 24. September unter dem Thema „Gemeinschaft, Staat, Kollektiv“ statt. Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen veranstaltet vom 12. bis 19. August im Haus „Maria Trost“ eine Ferienwoche unter dem Thema „Möglichkeit und Aufgaben der Frau in der gegenwärtigen Situation“.

Notruf an die Christen Westdeutschlands

Generalsuperintendent Jacobi (Berlin) hat an die christliche Bevölkerung Westdeutschlands einen Notruf gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Verzweifelt eure Brüder in der Sowjet-

zone nicht! Während politische Stellen sich fortlaufend mit Berlin befassen und Staatsmänner und Presse des Westens ständig über die Berliner Lage berichten, bringt die Kirche des Westens nur wenig darüber. Das ist kein gutes Zeichen für die Kirche.“ Die Kirche Berlins habe noch 130.000 Westmark Schulden an die Versicherungsanstalt für die Sozialversicherungen der mit dem Religionsunterricht beauftragten Katecheten. Diese hätten noch nicht einmal ihre Aprilgehälter voll ausbezahlt erhalten. An Kirchen und Gemeindehäusern seien dringende Reparaturen notwendig. Man habe immer wieder den Eindruck, daß die Kirche in der Ostzone in ihrer Grenzsituation vom kirchlichen Westen nicht genügend beachtet und bedacht werde. (CND)

Die evangelische Kirche in Südamerika

Nach seiner Rückkehr von einer längeren Südamerikareise berichtete Oberkirchenrat Bartelt vom Außenamt der EKD einem Vertreter des Evangelischen Pressedienstes über die dortigen kirchlichen Verhältnisse. Die evangelischen Synoden in Brasilien, die sich vor kurzem in Sao Leopoldo zu einer selbständigen evangelischen Kirche zusammenschlossen, welche bereits Mitglied der Ökumene sei und um Aufnahme in den Lutherischen Weltbund nachgesucht habe, bauten jetzt ein eigenes Kirchenleben auf. Trotzdem sei man dankbar für die weitere geistliche und geistige Unterstützung der alten deutschen Heimatkirche. Diese könne besonders auf dem Gebiete der Pfarrernachwuchs geleistet werden. Oberkirchenrat Bartelt erwartet einen zukünftigen Austausch zwischen Brasilien und Deutschland, bei dem junge Theologen aus Deutschland an das Seminar nach Brasilien gehen, um später ganz in Brasilien zu bleiben und dafür brasilianische Geistliche ihre letzte Ausbildung in Deutschland erhalten.

Grotten von St. Peter noch nicht zugänglich

Entgegen anderslautenden Meldungen muß darauf verwiesen werden, daß die vatikanischen Grotten bisher für den allgemeinen Publikumsbesuch noch nicht geöffnet sind. Die Entscheidung über die Öffnung hängt ausschließlich von der Weisung des hl. Vaters ab. Ebenso ist es unrichtig, daß nach Öffnung der Unterkirche die hl. Messen an Werktagen ausschließlich dort gefeiert werden sollen. Das hl. Opfer wird nach wie vor in der vatikanischen Basilika auch an Werktagen dargebracht werden. (CND)

Christliche Kirchentagung in Tiflis

Sämtliche großen sowjetischen Zeitungen berichten von einer Tagung der geistlichen Oberhäupter der christlichen Kirchen Rußlands, die gegenwärtig in Tiflis stattfindet. Wie verlautet, sind bei dieser Tagung Vertreter der russisch-orthodoxen, der georgischen und der armenischen Kirche anwesend. In einem Appell seien die geistlichen Oberhäupter der protestantischen und katholischen Kirche aufgefordert worden, für den Frieden zu beten und sich für die Ungesetzlichkeitsklärung der Atombombe einzusetzen.

„Unser himmlischer Vater Stalin“

Die Schulkinder in Bulgarien würden angehalten, nicht an Gott zu glauben, sondern Stalin als ihren „himmlischen Vater“ anzubeten, berichtet Miß Harsbell, eine Missionarin der amerikanischen Kongregationalkirche, die Bulgarien verlassen hat, nachdem sie dort 60 Jahre ihres Lebens zubrachte. Kirchenlieder seien in Bulgarien durch neue Fassungen ersetzt worden, in denen Stalin in Ausdrücken höchster Verehrung gefeiert werde.

Spuren von Kaiser Nero's Zirkus

Bei Ausgrabungen zum Neubau der Via della Conciliazione stieß man auf Grundmauern, die von den Archäologen als die ersten Spuren vom Zirkus des Kaisers Nero bezeichnet werden. Nach diesen Feststellungen befand er sich etwa 400 Meter südlich der Peterskirche, während man ihn seit 16 Jahrhunderten auf dem Gelände der Peterskirche selbst vermutete.

74. Deutscher Katholikentag

Der 74. Deutsche Katholikentag hat sich für die letzten August- und ersten Septembertage Altötting und Passau als Tagungsorte ausersehen. Katholikentage haben programmgemäß immer eine zweifache Schau- und Wirkungsweise verfolgt: sie wollen aus religiöser Vertiefung neue Kraft für die Aufgaben der Zeit gewinnen.

Der Katholikentag des Jahres 1950 hat sich zum Motto gesetzt: Zuerst das Reich Gottes! Damit besinnt sich der Katholikentag auf die ureigene Aufgabe der Kirche und des christlichen Glaubens, die darin besteht, das Reich Gottes zu erwarten und aufzubauen. Alle Beratungen werden sich demgemäß zuvörderst den inneren Fragen des christlichen Lebens und der Kirche widmen und die Zielsetzung des Katholikentages des Heiligen Jahres gilt der innersten Substanz und dem ersten Anliegen des katholischen Glaubens. Der Katholikentag zieht sich in die Herzkammer christlicher „Weltanschauung“ zurück; es geht ihm um das Reich Gottes in den Seelen und in der Kirche.

Doch verläßt er damit keineswegs den Pfad seiner 73 Vorgänger. In der Besinnung auf seine primären Aufgaben ist er vielmehr gewillt, neue Lebenskräfte zu wecken für die Aufgaben, die die Kirche in der Welt und an der Welt zu erfüllen hat. Der katholische Glaube ist sich bewußt, daß er aus seiner einzigartigen Monopolstellung der Welt und ihrem Ringen Entscheidendes, schließlich Unerwähltes zu bieten hat. Es gibt keine Ordnung ohne Bindung, ohne Verantwortung, ohne Gewissen, Bindung, Verantwortung, Gewissen aber suchen nach einem letzten Halt, brauchen einen unvergänglichen Zuflucht. Nur der Mensch, der sich in Gott und von Gott berufen und auf Gott hin Ordnung hält, wird die Kraft haben, in der Verwüstung und Verwahrheit der Zeit standfest zu bleiben. So gewinnt das Wort Jesu Christi in unserer Zeit des Aufbruchs einen neuen Klang: Suchet zuerst das Reich Gottes! Dieses Christuswort ist die Lösung des Passauer Katholikentages.

Evangelischer Kirchentag im Rundfunk

Die westdeutschen Rundfunksender — Radio Bremen, NWDR, Bayerischer Rundfunk, Südwestfunk, Hessischer Rundfunk und Süddeutscher Rundfunk — kündigen in ihren Programmen vom Deutschen Evangelischen Kirchentag (23. bis 27. August in Essen) nunmehr übereinstimmend folgende Sendungen an:

Mittwoch, 23. 8., 16.30 bis 17.30 Uhr: „Rettet den Menschen“, Übertragung der Eröffnungsfest des Essener Kirchentages.

Samstag 26. 8., 18.30 bis 19.00 Uhr: „Rettet den Menschen“. Ein Querschnitt durch die Beratungen der Arbeitsgruppen auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Essen. Die Glocken des Kirchentags im Essener Stadion erklingen.

Sonntag, 27. 8., 9.00 bis 10.15 Uhr: Festgottesdienste vom Deutschen Evangelischen Kirchentag in Essen, und zwar übertragen die Sender getrennt: NWDR und Bayerischer Rundfunk: Festgottesdienst, Südd. Rundfunk, Südwestfunk und Radio Bremen: Festgottesdienst mit der Predigt Dr. Visser 't Hooft's, Generalsekretär des Ökumenischen Rates, Hessischer Rundfunk: Festgottesdienst mit der Predigt Pierre Mauray, Präsident der Reformierten Kirche Frankreichs. — 16.00 bis 17.30: „Rettet den Menschen“, Übertragung der Haupt- und Schlußversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags aus dem Essener Stadion. Eröffnung: Präsident D. Dr. von Thadden-Trieglaff. Es sprechen: Bischof D. Dr. Dibelius, Kirchenpräsident D. Niemöller, Landesbischof D. Lijbe, Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft, Bundesinnenminister Dr. Dr. Heilmann. Darüberhinaus bringen die Sender zu verschiedenen Programmzeiten vor und während des Kirchentags Vorträge und Zeitfunkberichte aus Essen.

Lest die Ettliger Zeitung

Die Simmishöferin seufzte tief und schaute eine lange Weile müßig auf ihre gefalteten Hände herab. Vielleicht betete sie, vielleicht beschwor sie auch in Gedanken den Sohn, zur Besinnung zu kommen. Wer weiß das? Wer kann hineinsehen in eines Menschen innerstes Herz?

Ein brenzliger Geruch vom Herd her rief die Frau unversehens auf diese Welt zurück und mahnte sie daran, daß auch in leidvollen Tagen der Alltag seinen Gang geht. Bauersleute haben nicht viel Zeit, ihren Gedanken müßig nachzuhängen. Schuldbeußt sprang sie auf und begann ein wildes Röhren, aber es war schon zu spät. Aergerlich über ihre Unachtsamkeit holte sie einen frischen Kessel hervor und schüttete die Kartoffelsuppe um.

„Es muß heut halt auch so geben, 'st ein verkehrter Tag,“ sagte sie zu Gottlieb und ließ zum Trost einen dicken Würstling in der dampfenden Brühe verschwinden. „Arg ist's noch nit, man kann's noch essen. Du könntest jetzt zulassen, Gottlieb, und dann die Suppe hinausschaffen. Der Bauer ist schon versorgt. Ich esse mit Dir, weil ich heut nit mehr in die Reben geh. Mußt's halt dem Jakob erklären, so gut wie Du kannst.“

„Das ist guter Bericht, das richt' ich gern aus,“ versicherte der Alte zufrieden. „Wenn Ihr am Estrichfenster aufpaßt, müßt Ihr ja sehen, wenn er kommt.“

„Das könnt zu spät sein. Ich geh zum Pontarlier hinauf.“

Gottlieb dachte erst, er hätte sich verhörrt. Seit jener alten Geschichte mit dem Kalb hatte kein Simmishöfer mehr den Fuß auf Pontarliers Gewese gesetzt. Aber es schien ihm schon recht, daß dieser ungewöhnliche Tag auch verwunderliche Entschlüsse zuwege brachte.

Fortsetzung folgt.

Das Liesebelhli

Roman aus den Schweizer Bergen

von Doris Eicke

Copyright by Verlagshaus Rottlingen Certe & Spöhr

M. Fortsetzung.

Ein-zweimal hatte es in den letzten Jahren einen solchen Auftritt gegeben, daß sie ihn mit einem guten Wort, oder auch mit einem erschrockenen Blick zur Besinnung gebracht. In solchen Augenblicken vermochte nur die Liebe etwas über ihn, einen solchen Ruf aber hätte er selbst dann nicht überhört, zu stark zu treu war der Widerhall in seiner eigenen Brust.

Nach einer kleinen Weile kam ein Knecht vom Grand Veau heruntergefahren, der Bauer sei hungrig, ob die Frau heut das Essen vergessen? Es war schon eine halbe Stunde über die gewohnte Zeit. Eilig lud die Simmishöferin ihm den Kessel auf den Einspänner und gebot ihm, rasch zu fahren, der Gottlieb sei heute nicht zur Hand. Weiter gab sie ihm keine Bestellung mit, wozu den Bauern in die gleichen Aengste jagen, die ihr selbst das Herz zusammendrückten?

Ob der Gottlieb von oben den Wagen gesehen, oder ob er sich endlich auf seine Pflicht besann, kurz und gut, er schlurft um wenig später endlich über die Hofstatt. Unerträglich langsam und schleppend setzte er die Füße und knickte bei jedem Schritt tief in den Knien ein. Die Bäuerin konnte kaum an sich halten, als sie es sah. Endlich trat er wie ein geprägelter Hund in die Klübe und schlich zur Bank, ohne die Tageszeit zu bieten oder sein Ausbleiben zu erklären. Die

Simmishöferin stemmte empört die Hände in die Hüften, bereit, ihre ganze Entrüstung wie einen Schwall eiskalten Bergwassers über dieses sündige Haupt zu ergießen; da sah sie auf einmal, näher hinstretend, daß der alte Mann lautlos weinte, die Tränen stürzten ihm in Bächen über die faltigen Backen herab und fielen auf die schweligen, runzligen Hände.

„Gottlieb!“ Die Lippen der Simmishöferin formten den Namen wohl, aber die Kehle weigerte sich, einen Laut herzugeben. Sie wußte sofort, um wen diese Tränen flossen, gab es doch auf der weiten Welt außer Hanslöti kein menschliches Wesen, das diesen alten Knecht in solchem Maße erschüttern konnte. Aechzend sank die Bäuerin neben Gottlieb auf die Bank. Sie schluckte ein paar-mal, gewann die Herrschaft über ihre Kehle wieder und packte den Knecht am Arm.

„Greinen hilft nit, Gottlieb! Mußt mir jetzt sagen, was gegangen ist. Wo ist der Bub?“ Ach, die schöne, tiefe Stimme, wie armselig klang sie jetzt in ihrer Angst.

Der Alte, ein Menschenleben hindurch gewohnt, eines Anderen Willen über sich zu haben, fuhr sich gehorsam mit dem Jackenärmel über das nasse Gesicht, suchte sein rotes Sackloch und schneuzte sich geräuschvoll die Nase. Die Frau wartete ergeben; es war noch eine Gnadenfrist.

„Nehmt's nit für ungut, Bäuerin, aber ich weiß nit, wo er geblieben ist. Er ist ja davon-gestürzt wie ein Wilder, und ich hätt mit meinen alten Beinen doch nit nachgekonnt. Da bin ich halt zur Landstraße hinunter und hab da all die Stunden auf den Pontarlier gewartet. Wie er endlich gekommen ist, hab ich mich neben ihn gehockt und ihn gewart. Mehr hab ich nit machen können.“

„Gewarnt? Den Pontarlier? Aber warum denn?“

„Weil der Hanslöti ihm doch ans Leben will.“

„Warum nit gar! Was redest denn du für dum-mes Zeug, Gottlieb? Bist wirbelstinnig worden von der Sonn?“

Der Alte schüttelte trübe den Kopf.

„Wißt Ihr denn nit, daß der Pontarlier das Liesebelhli zum Zug nach Zion hineingefahren hat? Jetzt meint der Bub, er hätt ihm das Meitli abwendig gemacht und darum sei es fortgegangen.“

„Jesus Maria, was für ein Unglück! Hättet es ihm denn nit ausreden können?“

„Ausreden, dem? Der hat überhaupt nit mehr mit sich reden lassen, im Guten nit und nit im Bösen. Er hat gleich seinen Kol-ker bekommen, und ruletet hat ihm reinweg die Mordstich aus den Augen geschaut, ich hab's nimmer vertragen können, ihn anzusehen.“

„Pet!“ machte die Bäuerin erschrocken und schaute sich ängstlich um, „schweig um Tausendgottwillen! Willst Du das Ungfell noch heraufbeschwören? Was hat der Bub denn gemacht, wie er den Pontarlier nit dabei gefunden hat?“

„Die alte Sanne sagt, er hätt das ganze Gewese durchsucht und allewell auf den Bauern geschimpft, er sei ein feiger Hund und traue sich nit heraus aus seinem Ver-steck. Dann hat er wohl endlich begriffen, daß der aus Zion noch nit zurück sein konnt und hat der Sanne gesagt, er käme wieder und einer von ihnen sei zuviel auf der Welt. Sie hat ihn gleich darauf bergwärts stürmen sehen. Die Axt hat er liegenlassen.“

„Die Axt?“

„Ja, die schwerste, die wir haben, damit wollt er dem Pontarlier zu Leibe. Ich hab sie wieder mitgebracht und in der Holzscheune versteckt.“